Soziales | 12.07.2023 | 246/23

TOP 9: Die Situation von Endometriose-Betroffenen verbessern

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem interfraktionellen Antrag stellen wir eine Frauenkrankheit in den Fokus der Diskussion, die durchaus die Bezeichnung „Volkskrankheit“ verdient hat. Endometriose ist eine gutartige, aber chronisch verlaufende gynäkologische Erkrankung, unter der schätzungsweise zwei bis vier Millionen Frauen in Deutschland leiden. Sie ist damit die zweithäufigste bekannte gynäkologische Erkrankung.

Bei Endometriose wächst Gewebe, das der Gebärmutterschleimhaut ähnelt, außerhalb der Gebärmutter und siedelt sich an anderen inneren Organen an.

Die Krankheit tritt sehr unterschiedlich ausgeprägt auf.

Im Extremfall sind neben starken Schmerzen, die durch Entzündungen und Verwachsungen im Körper der Frauen hervorgerufen werden, auch Unfruchtbarkeit eine Folge. Man schätzt, dass bei 40-50 Prozent der ungewollt kinderlosen Frauen Endometriose die Ursache ist. Viele Betroffene müssen sich Operationen unterziehen, um Entzündungsherde zu entfernen und der Krankheit damit zumindest teilweise entgegenzutreten.

Bei schweren Verläufen kommen dauerhafte Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit und damit einhergehende wirtschaftliche Folgekosten noch hinzu. Die Diagnosestellung ist schwierig, und dauert lange, in Extremfällen Jahrzehnte. In dieser Zeit leiden die Frauen meist unbehandelt oder nicht sinnvoll behandelt an den Folgen der Erkrankung.

Auch nach der Diagnose sind Wartezeiten für einen Behandlungsplatz von sechs Monaten und mehr keine Seltenheit.

An dieser Stelle ist es mir ein Anliegen, auch auf die psychischen Folgen für die Betroffenen und deren Familien aufmerksam zu machen.

Viele Jahre mit diesen teils gravierenden Einschränkungen durch das Leben zu gehen, ohne einen Beleg für die Krankheit zu haben, verändert natürlich einen Menschen.

Warum dauert die Diagnosestellung so lange?

Viele Aspekte der Endometriose sind auch heute noch unbekannt. Denn: es fehlt an geeigneter Forschung und dadurch bedingt an geeigneter Sensibilisierung, Prävention und Versorgung. Daher begrüßen wir, dass die Bundesregierung inzwischen fünf Millionen Euro für die Endometrioseforschung zur Verfügung stellen will.

Steven Nowak Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel Tel: 0431 988 1441 steven.nowak@cdu.ltsh.de https://www.cdu.ltsh.de

Das ist aus unserer Sicht aber noch nicht genug: Wir appellieren daher an die Bundesregierung, die Einrichtung einer nationalen Strategie Endometriose positiv zu begleiten. Das bedeutet den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Endometriosezentren unter Einbeziehung der bestehenden Strukturen und die Einrichtung von angemessenen Abrechnungsmöglichkeiten für diese chronische Erkrankung.

Auch Aufklärung und Entstigmatisierung müssen im Rahmen von Präventionsmaßnahmen vorangetrieben werden. Aber richten wir den Blick nicht nur auf Berlin, sondern auch in unser Bundesland: Was machen wir bislang in Schleswig-Holstein gegen Endometriose?

Tatsächlich schon eine ganze Menge:

Wir haben am UKSH, Campus Kiel, zum Beispiel seit Juni 2018 ein zertifiziertes, klinisch-wissenschaftliches Endometriosezentrum der höchsten Stufe (Stufe III). Auch am UKSH Campus Lübeck besteht so ein Zentrum.

Es gibt in ganz Deutschland nur fünf speziell zertifizierte Rehabilitationsklinik, zwei davon befinden sich in Schleswig-Holstein: In Bad Schwartau und in Ratzeburg.

Auch wenn sich das für unser Bundesland schon nicht schlecht anhört: Es gibt noch viel zu tun.

Also liebe Entscheidungsträger in Berlin, wenn es nun um die Verteilung der fünf Millionen Euro Forschungsgelder geht, die in den Bundeshaushalt eingestellt werden sollen: In Schleswig-Holstein beschließen heute die regierungstragenden Fraktionen gemeinsam mit allen Oppositionsfraktionen diesen Antrag zur Endometriose, um dieses wichtige Thema überparteilich voranzubringen.

Unterstützen Sie uns dabei.

Ein Teil dieser 5 Millionen Euro sind in Schleswig-Holstein mit Sicherheit gut angelegt und helfen nachhaltig, das Leiden der betroffenen Frauen zu reduzieren.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Steven Nowak Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel Tel: 0431 988 1441 steven.nowak@cdu.ltsh.de https://www.cdu.ltsh.de